

Saale-Beitrag.

Vierundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltenpreise... Anzeigen

Ercheint täglich einmal, Sonntags und Feiertagen ausnahmslos.

Redaktion und Haupt-Verwaltung: Halle a. S., Markt 24.

Bezugspreis

Alle Halle Vierteljährlich bei postmaler... Bezugspreis

Alle unbetont eingehende Manuskripte... Bezugspreis

Hauptredaktion der Redaktion Nr. 1140; der Annoncenabteilung Nr. 1133.

Nr. 335.

Halle a. S., Donnerstag, den 21. Juli.

1910.

Die Wissenschaft und die nationalen Aufgaben.

Es war in den Tagen des schweren Kampfes um die Finanzreform... Die Wissenschaft und die nationalen Aufgaben.

Von einem anderen deutschen Gelehrten, Professor Ludwig Bernbard... Die Wissenschaft und die nationalen Aufgaben.

Schon seit Jahren konnte man beobachten, daß die deutschen Großgrundbesitzer... Die Wissenschaft und die nationalen Aufgaben.

zu vermehren, der erbitterte Widerstand gegen die Aufteilung... Die Wissenschaft und die nationalen Aufgaben.

Deutsch wird hier von Bernhard der Weg gezeigt, der gegangen werden muß... Die Wissenschaft und die nationalen Aufgaben.

Deutsches Reich.

Nicht mehr Freund.

Mit dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg... Nicht mehr Freund.

Feuilleton.

Unterhaltungskunst. Bauerndiät. Roman in 3 Büchern. Von Gerhard von Amptor. (Fort.) - Freydas drei Bäute. Erzählung von Paul Oberhardt. - Literatur.

Ueber Prof. Ehrlichs Heilmittel.

Sanitätsrat Wechsleimann macht in der 'Nationalzeitung' folgende Mitteilungen über den gegenwärtigen Stand des neuen Sphilitisheilmittels... Ueber Prof. Ehrlichs Heilmittel.

Sinnlichst des ersten Punktes kam auch bei der allerstärksten Beurteilung gar kein Zweifel mehr obwalten, daß '606' auf die Symptome der Sphilitis in allen ihren infektiösen Formen mit einer Rapidität und Gründlichkeit wirkt, wie sie kein anderes bisher bekanntes Mittel aus nur annähernd aufweisen kann... Ueber Prof. Ehrlichs Heilmittel.

Partei er jetzt nahe steht, das wissen wir nicht, aber eins wissen wir genau, daß er dem Zentrum nicht nahe steht, daß er uns niemals auch nur das geringste Entgegenkommen gezeigt hat... Ueber Prof. Ehrlichs Heilmittel.

Ein Protest des Bundes der Industriellen.

Das Organ des Bundes der Industriellen, 'Deutsche Industrie' macht folgende Ausführungen über den Wirtschaftlichen Ausblick... Ein Protest des Bundes der Industriellen.

handelt. Ende April erkrankte bei ihr Ausschlag und am 6. Mai wurde sie mit tiefen Juchepneumonien und darüber großen Nadeln im Gesicht und an übrigen Körper wieder aufgenommen... Ueber Prof. Ehrlichs Heilmittel.



Regierung angenehmer gewesen sein mag. Es erweist sich allerdings, daß die Reichsregierung bei der Besetzung des Wirtschaftlichen Ausschusses die im Bunde der Industriellen vertretenen, weiten und wirtschaftlich hochbedeutenden Kreise der deutschen Industrie deshalb zurücksetzt oder weniger zur Geltung kommen läßt, weil der Bund der Industriellen in bestimmten wirtschaftspolitischen Fragen scharfe Kritik an der Haltung der Regierung geübt hat und weil vielleicht von dem ihm nahelebenden Persönlichkeiten im Wirtschaftlichen Ausschusse weitere Kritik an handelspolitischen und sonstigen Maßnahmen zu erwarten ist. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ begründet allerdings die diesseitige Auswahl der neuen Mitglieder des Wirtschaftlichen Ausschusses damit, daß diese in erster Reihe diejenigen Stellen vorzuziehen zu machen haben, welche innererlei die Einrichtung des Wirtschaftlichen Ausschusses anregen. So verdienstvoll eine solche Anregung auch gewesen ist, so kann doch aus ihr nicht eine dauernde einseitige Bevorzugung für die Benennung der Ausschusmitglieder abgeleitet werden. Der Wirtschaftliche Ausschuss hat die Aufgabe, als beratende Stelle der Reichsregierung für wirtschaftspolitische Maßnahmen, namentlich auf dem Gebiete der Handelspolitik, zur Seite zu stehen. Aus dieser Aufgabe ergibt sich die Notwendigkeit, auch die deutsche Industrie im weitesten Umfange bei der Zusammenlegung des Wirtschaftlichen Ausschusses zu berücksichtigen. Und in erster Reihe bedürfen dieser Vertretung diejenigen Industriezweige, welche an handelspolitischen Maßnahmen der Regierung in erster Linie beteiligt sind. Dies aber ist die deutsche Fertigungsindustrie. Es braucht hier nicht betont zu werden, daß die an der deutschen Industrie am meisten interessierten Kreise im Bunde der Industriellen liegen. Wir verweisen zu diesem Zweck nur auf die großen Verbände in Sachsen, Thüringen und Süddeutschland, außerdem auf die bedeutenden Fachverbände der deutschen Fertigungsindustrie, die dem Bunde der Industriellen angehören. Mit besonderem Bedauern wird es empfunden werden, daß von den dem Bunde der Industriellen für den Wirtschaftlichen Ausschuss in Vorschlag gebrachten Vertretern der sächsischen Industrie kein einziger in den Ausschuss berufen worden ist.

Verkauftes Vieh.

Das „Hamburger Fremdenblatt“ erzählt aus zuverlässiger Quelle, daß von der Internationalen Ausstellung in Buenos Aires als versucht zurückgewiesenes deutsches Vieh in Hamburg wieder eingetroffen ist.

Von einer von der Regierung in Berlin unter Führung von Geheimrat Neumann in Hamburg eingetroffenen Kommission von ungefähr 30 Herren wurden fünfzig Stücke am Montag geschlachtet, um sie genau zu untersuchen. Die Untersuchung und ihr Ergebnis hat man bisher ängstlich geheim gehalten. Genaue Angaben lassen sich deshalb nicht machen. Schätzungsweise wurde bei 60 bis 70 v. H. der Tiere eine sehr vorgeschrittene Tuberkulose tatsächlich festgestellt. Die Krankheit zeigte sich teilweise in einem so vorgeschrittenen Stadium, daß man annehmen muß, daß trotz der Untersuchung bereits frische (?) die (leb.) Tiere zur Verschiffung nach Buenos Aires gekommen sind.

Die Untersuchungen werden vom Reichsgesundheitsamt an Hand von Präparaten weiter fortgesetzt.

Praktische Mittelstandspolitik.

Die Niederdeutsche Bank in Dortmund ist, wie durch die Presse bereits bekannt geworden ist, in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Da durch den Zusammenbruch auch zahlreiche mittlere und kleinere Betriebe in Mitleidenschaft gezogen werden würden, so ist von mehreren Seiten die Einleitung einer Hilfsaktion durch die Reichsbank angesetzt worden. In diesem Sinne hat sich auf Anregung aus rheinisch-westfälischen Parteikreisen auch der nationalliberale Parteiführer Bajer mann vermandt, indem er bei dem Reichskanzler und dem preussischen Finanzminister mit Rücksicht auf die durch den etwaigen Zusammenbruch der Bank schwer gefährdeten Mittelstandsbereitschaften für eine Hilfsaktion unter Führung der Reichsbank eintritt.

Am Mittwoch wurde bereits eine von der Reichsbank einberufene Konferenz großer Finanzinstitute abgehalten.

Das tschechifizierte Sachsen.

Auf ein neues Dokument der Tschechifizierungsversuche weist die „Bohemia“ hin, ein Dokument, das man reich humoristisch betrachten müßte, wenn es nicht eine amtliche Publikation wäre, und wenn es uns nicht allzu kraß bewiese, wozin man sich bei Staatsbehörden in Prag in tschechifisch-nationaler Betätigung verstehtigt.

Im tschechifischen Teil des „A. Nachtrages zur Belehrung über die Benützung der staatlichen Telefonanlagen nebst dem internationalen Sprechbüchereitartitel“, von dem der I. I. Pohl und Telegraphendirektion für das Königreich Böhmen in Prag herausgegeben wird, findet sich folgender Passus (Seite 1):

Dráždany: Dráždany-Blazenovice, Kocobrod, Lukovice, Molyhno, Dolní Sedlice, Horní Lesnice-Radobyl, Perno, Dubno - Podcásky

als Uebersetzung der „Vor- und Nachorte Dresdens“: Dresden-Schleswig, Kößelitz-Prada, Loschwitz, Mügeln, Hebersdorf, Oberböhmisch-Neubabeln, Pirna, Deuben, Potzschapel.

Die Autoren scheinen, so hören die „N. N.“ im Nachtragsverzeichnis das Königreich Sachsen den Ländern der böhmischen Krone einverleibt zu haben. Allerdings wird man in Sachsen für dergleichen Kinderheiten wenig Verständnis zeigen.

Aus den Kolonien.

In Samoa

sind außer den beiden Kreuzern „Condor“ und „Comoran“ der Panzerkreuzer „Scharnhorst“ und der Kreuzer „Münzberg“ von der Ostasiatischen Station eingetroffen.

Daraus wird an verschiedenen Stellen der Schluss gezogen, daß in Samoa „etwas los sein müßte“. Demgegenüber hört der „Tag“ von maßgebender Seite, daß es sich lediglich um die Ausführung eines schon vor Monaten er-

gangenen Befehls handelt. Die letzten über ein Jahr zurückliegenden und damals durch die Verbannung der Hauptverdächtigen beendeten Unruhen lassen es erwünscht erscheinen, an der Küste von Samoa von Zeit zu Zeit die deutsche Flagge durch ein Wächter gebietendes Geschwader zu zeigen, das würde in diesem Jahre bereits früher geschehen sein, wenn nicht erst der Besatzungswechsel auf den betreffenden Schiffen in Frage zu beantworten gewesen wäre. Daß übrigens auf Samoa selbst vollkommene Ruhe herrscht, hat der Gouverneur Dr. Goltz noch in alternenverge Zeit ausdrücklich gemeldet.

Heer und Flotte.

Ungegründete Angriffe.

Die „Frankf. Ztg.“ enthält unter der Ueberschrift „Ein Mißverständnis“ einen sensationellen Artikel, in dem behauptet wird, insofern eines Verzehrens der sächsischen Militärärztschüler seien zwei kommandierende Generale für das 12. Armee-korps ernannt und insgesam auf der Posten insubordiniert doppelt befördert. Das Blatt verlangt aber sehr energisch, daß sich der Reichstag mit dieser Vergebung der Steuergelder zu militärischen Zwecken in keinem Falle.

Gegenüber diesem Artikel wird von den „Dresd. N. Nachr.“ auf Grund von Erkundigungen im sächsischen Kriegsministerium festgestellt, daß derselbe von Anfang bis zu Ende auf Mißverständnissen beruht. Tatsache ist, daß der hochverehrte bisherige kommandierende General des 12. Armee-korps, General der Kavallerie von Braigum im Herbst seine Stellung zu verließen beabsichtigt. Bis heute ist neben ihm ein kommandierender General für das 12. Armee-korps nicht ernannt worden. Der frühere Divisionskommandeur in Leipzig, den der Artikel in Verbindung mit dem kommandierenden General des 12. Armee-korps nennt, General der Infanterie v. Eise, ist wegen der Dienstaltersverhältnisse in Preußen bereits als Divisionskommandeur mit Patent vom 23. September 1908 zum General der Infanterie ernannt, niemals aber zum kommandierenden General mit den Gehaltsverläufen eines solchen beauftragt worden. Seine neuerdings erfolgte Ueberhebung zu den Offizieren von der Armee gründet sich wieder auf die dienstaltersmäßigen Verhältnisse in den fraglichen Stellen, ohne daß irgend eine Erhöhung seiner Besoldung damit verbunden gewesen wäre.

Kleine politische Nachrichten.

Landwirtschaftsminister v. Schotteler und Finanzminister Dr. Vengs

sind Mittwoch früh nach Gnesen aus mit ihrer Begleitung in den Kreis Mogilno abgereist, wo sie mehrere Anstellungen besichtigen werden. Heute abend begeben sich die Minister nach Bromberg und morgen nach dem Kreise Schweg in Westpreußen.

Der Chefredakteur der freisinnigen „Kieler Zeitung“, Alexander Niepa

ist im Alter von 70 Jahren gestorben. Niepa war seit 1870 verantwortlicher Redakteur des Blattes. Der Liberalismus verliert in Alexander Niepa einen vielbewährten Kämpfer. Auf engste mit Schleswig-Holstein verknüpft, hat Niepa für das Deutschthum in seiner Heimat unermüdlich gewirkt. Auch in der Kieler Stadtverwaltung war er viele Jahre an hervorragender Stelle tätig.

Ueber Frachtmangel auf der Elbe wird aus Dresden gefast: Der stets wachsende Mangel an Frachten veranlaßt die größeren Schiffahrtsgesellschaften der Elbe, einen großen Teil ihrer Schiffe zu beurlauben. In einzelnen Häfen wurden die Schiffe verankert...

Ermerdung eines Deutschen in Palästina.

Aus einer Deutschen-Kolonie Palästinas kommt die Nachricht von der Ermerdung eines Deutschen durch Fellenchen. An die kaiserliche Botschaft in Konstantinopel sind sofort die erforderlichen Weisungen ergangen. Danach dürfte die Aufführung nicht lange auf sich warten lassen.

Soß- und Personalnachrichten.

* Am 20. August wird sich der Kaiser bei seiner Anwesenheit in Danzig auf der in der Danziger Bucht ankommenden Hochseeflotte einschiffen, um einem Gesandten der Flotte beizuziehen.

Kronprinz Wilhelm und König Friedrich August in Alten-Grabow. * Auf dem Truppenübungsplatz Alten-Grabow wird der König von Sachsen im Automobil am 24. Juli zu gleicher Zeit mit dem deutschen Kronprinzen, der aus Potsdam erwartet wird, eintrafen.

Am genannten Tage veranlaßt die Offiziere des 4. Armee-korps auf dem Plage ein großes Herrenreiten.

* Fürst Bälou ist Mittwoch vormittag in Nordbremen eingetroffen. Der frühere Reichsstatler wurde am Hafen von dem Prinzen von Ratibor, dem Bodelomer Graf von Deynhau und dem Gemeindevorsteher begrüßt.

Ausland.

Vorsicht! Die Jagd des Jaren kommt! . . .

Die finnländische Zeitungen fühlen sich, wie der „Neuen Hamb. Ztg.“ von ihrem Stockholmer Korrespondenten geschrieben wird, veranlaßt, die Dampfischspannungen der finnischen Jagd auszubilden vor der Gefahr des Jarens des Jarenschiffes zu warnen. Bekanntlich wird der Jar nach dem Schluß der Festlichkeiten in Rußland sich auf den „Stauback“ einer Zeit in der finnländischen Jagd aufhalten, und zwar in der Gegend von Vittapää. Die finnländischen Blätter geben folgende ganz ungläubliche tragikomisch wirkende dramatische Vorschläge für den Verfall in der Nähe der Jarenschiffen wieder. Die offiziell vorgeschriebenen Regeln lauten:

1. Handelsschiffe dürfen sich nicht der Linie der Wachttschiffe nähern, weder Dampf-, noch Segelschiffe.
2. Alle Handelsschiffe, sowohl diejenigen, die vom offenen Meere, als solche, die nur von den Schären kommen, müssen von einem Loten begleitet sein, der die Schiffe außerhalb der Wachtlinie führt.
3. Gegen alle privaten Motorboote, Hydropläne und Unterseeboote, die sich der Wachtlinie nähern, wird Feuer eröffnet!
4. Passagierdampfschiffe, die routenmäßige Touren machen, sind darauf auszublickt aufmerksam zu machen, daß auch sie sich der Linie der kaiserlichen Wachttschiffe nicht nähern dürfen.
5. Hinfühlich derjenigen Handelsschiffe, die von Wiro-

latbi aus sich auf Meeresfahrt begeben wollen, ist sechs Stunden vor dem geplanten Abgang an die Kaiserliche Jagd Meldung der bevorstehenden Fahrt zu erstatten.

6. Gegen alle diejenigen Dampf- und Segelschiffe, welche den Vorschriften unter 1, 2, 4 und 5 zuwider handeln, wird Feuer eröffnet.

So vollzieht sich im Sommer 1910 die „Luftfahrt“ des Selbstherrschers aller Reußen! . . .

Betrügereien eines französischen Armeelieferanten.

§ Aus Paris wird gemeldet: Neue schwere Unterschleife bei Armeelieferungen sind in Versailles aufgedeckt worden. Der dortige Staatsanwalt erhielt eine vom Kommandeur des 11. Artillerieregiments ausgehende Klage gegen den Hauptartillerieoffizier, der seit längerer Zeit Betrügereien bei Armeelieferungen verübt haben soll, indem er einestheils falsche Schritte klage, andererseits einen betrügerischen Auftrag für die Abholung dieser Waagen erteilte. Der Untersuchungsakt des Krieges Sarraut hat als Nebenklage Schadenersatzklagen gegen den betrügerischen Lieferanten geltend gemacht.

Kleine Tagesnachrichten.

Ein südschlesischer Bistar gegen die Bornomus-Engländer. Wie der Großdechant und südschlesischer Bistar der Großkirche Glas mitteilt, wird die Bornomus-Engländer im amtlichen Organ des Dekanats und Bistarsamtes der Großkirche für den Klerus des preussischen Anteils der Erzdiözese Prag nicht veröffentlicht werden.

Kärntner Muris vom Priesteramt. Der Priester Don Romolo Murri, der Begründer des italienischen Modernismus, hat nunmehr der Priesterrolle endgültig ausgesagen. Murri wird in nächster Zeit auch nach Berlin reisen und dabei am Kongress für freies Christentum teilhaben.

Lord Roberts beim Jaren. Der Jar, der sich augenblicklich auf einer Erholungsfahrt in den finnischen Gemässen befindet, wird Ende Juli wieder in Petersburg eintrafen. Er beabsichtigt, die englische Sondermission, an deren Spitze Lord Roberts steht, und die dem Jaren die Thronbesteigung des Königs von England mitzuteilen hat, persönlich zu empfangen.

Die Marionetten im Hofsteh-Stand. Die an der Hofsteh-Stände Beteiligten treten jetzt zum Teil die Flucht in die Öffentlichkeit an und beschuldigen sich gegenseitig in Stellungserklärungen. Der pensionierte Kreisrat Dr. Durand weist einträglich die Erklärungen des als Strohmann für Hofstehs Bekämpfung benutzten Hauptzeugen zurück. Staatsanwalt Wainier hält sich den Aussagen gegenüber in vorläufiger Schweigen, nimmt jedoch Durand in Schutz und stellt Widersprüche zwischen den Aussagen des Gerichts und der Hofsteh-Präsidenten in Abrede.

Der alte General Ducrot. Der am 30. November 1870 den blutigen Ausfall auf die deutschen Truppen bei Nancy leitete und fast fünfzig Jahre alt war, aber dennoch heftigsten, aber trotzdem bis zum hohen Alter von 90 Jahren gelangt, liegt in Versailles, moht er sich seit dem Austritt aus dem Heer im Jahre 1873 zurückgezogen hatte, im Sterben. General Ducrot ist der Verfasser eines wohlbestimmten Werkes „La Defense de Paris“, worin er in bemerkenswert unparteiischer Weise die Belagerung von Paris schildert.

Die Verein. Staaten gegen Madrig. Das nordamerikanische Kanonenboot „Tacoma“ ist mit 50 Marinejohann nach Cap Gracias geschickt worden, um die Amerikaner gegen angebliche Gewalttäten des Präsidenten Madrig von Nicaragua zu schützen. Eine Landung ist angedeutet, falls es nötig erweist.

18. Bundesstag deutscher Gastwirte. S. u. H. Stuttgart, 20. Juli. Der Bund Deutscher Gastwirte mit dem Sitz in Leipzig trat heute im Festsaal der „Niederhalle“ unter zahlreicher Beteiligung zu seinem 18. Bundesstag zusammen. Die württembergische Regierung hatte als ihren Vertreter Regierungsrat Schiele, die Stadt Stuttgart Gemeinderat Dr. Ludwig erkant. Den Deutschen Gastwirteverband vertrat dessen Präsident Anton Ringel (Berlin). Der Vorsitzende der Tagung, Kämpf (Leipzig), gedachte zunächst des verstorbenen bisherigen Vorsitzenden des Bundes, Steyer (Leipzig), und begrüßte dann den Präsidenten des Deutschen Gastwirteverbandes, Ringel, mit dem der Bund seinerzeit den Reichsverband Deutscher Gastwirte gegründet habe, um den immer neu auftauchenden Forderungen des deutschen Gastwitzgewerbes wirkungsvoller als bisher entgegenzutreten zu können. Ferner habe der Reichsverband des Ziel, an der Hebung des Gewerbes mitzuarbeiten. Das sei nötig, denn der Gastwitzstand befinde sich in der denkbar unzulässigsten Lage. — Präsident Ringel überbrachte die Grüße seines Verbandes und hob hervor, wie wichtig es sei, daß der Gastwitzstand einträglich gegen die neuen Steuerbelastungen protestiere, um den 120 000 deutschen Gastwirten den ihnen gebührenden Platz an der Sonne zu verschaffen. Angesichts der Ereignisse, welche die Finanzreform geseitigt habe, ersehnte es erstordentlich,

einen allgemeinen deutschen Gastwitzkongress nach Berlin einzuberufen. Zu diesem Kongress müßten Vertreter der Regierung und die politischen Parteien eingeladen werden, damit einmal in aller Öffentlichkeit demonstriert werde, wie es dem deutschen Gastwitzstand eigentlich gehe. Denn darüber sei man sich vielfach noch nicht klar, man glaube immer noch, daß der Gastwitzstand an erheblichen weiteren steuerlichen Belastungen ausfallen könne. Das sei aber durchaus nicht der Fall, der Gastwitzstand sei am Rande seiner Kräfte angelangt. (Beifällige Zustimmung.) — Hierauf legte der Vorsitzende Kämpf den Geschäftsbericht vor. Cobann erstattete der Vorsitzende den Rassenbericht, der in Einnahme und Ausgabe mit 32 313 Mark abschließt. — Nach Erhebung dieser geschäftlichen Angelegenheiten wurde in die Tagesordnung eingetreten. — Zunächst beschäftigte man sich mit den Steuern der Brauereueuordnung und der Finanzreform. Referent

fürher war Jacob (Erfurt), der für den Mitteldeutschen Genossenschaftsbund folgenden Antrag befürwortete: In Anbetracht der Tatsache, daß das Genossenschaftswesen in Stadt und Land durch die Konfessionssteuerordnung in schädlicher Weise getroffen wird, sollen Schritte unternommen werden, um zu verhindern, daß durch die Reichsversicherungsordnung wieder die gleichen Schulterschmerzen beibehalten werden, die schon die Konfessionssteuer aufzubringen haben.

In der Debatte wurde u. a. von dem Präsidenten Ringel darauf aufmerksam gemacht, daß die Reichsversicherungsordnung in erster Linie den Hausbesitz trifft. Dadurch würden auch die Mieten verteuert werden und infolgedessen notwendigerweise die Genossenschaft geschädigt werden, sowohl die, welche zur Miete wohnen, als auch die, welche Hausbesitzer seien. — Schließlich gelangte folgende

Resolution Bräunung (Wiesbaden)

zur Annahme: Der Vorstand des Bundes Deutscher Genossenschaftler möge sich mit dem Reichsverband in Verbindung setzen, um die Reichsversicherungsordnung mit allen Mitteln zu bekämpfen. Falls trotzdem mit der Annahme der Steuer durch den Reichstag gerechnet werden muß, soll alles getan werden, um wenigstens eine Doppelbesteuerung neben der Konfessionssteuer zu verhindern und dafür zu sorgen, daß jeder Vermögensbesitzer, der auf den eigenen Arbeit der Genossenschaft beruht, von der Besteuerung frei bleibt.

Die Resolution Jacob gelangt in der Session zur Annahme, daß der Vorstand beauftragt wurde, Schritte zu tun, um alle Sondersteuern von Genossenschaftlern fernzuhalten. Ein weiterer Antrag Jacob: „Es sollen Schritte getan werden, daß in Zukunft bei der Verteuerung der Autokennen nicht mehr der Kraftfahrzeugsteuer, sondern die tatsächliche Leistung als Basis der Besteuerung angenommen wird“ erzielte sich dadurch, daß erklärt wurde, das Finanzministerium habe bereits die nötigen Schritte getan. — Ein dritter Antrag Jacob verlangte, daß bei der Verteuerung der französischen Champagner- und der deutschen Schaumweine die Genossenschaft nicht als minderwertige Staatsbürger behandelt werden. — In der Sitzung über diesen Antrag wurde von verschiedenen Seiten beklagt, daß Privaten in dieser Steuerfrage meist mehr Entgegenkommen gezeigt werde als den Genossenschaftlern. Vom Vorstand wurde darauf hingewiesen, daß die Steuerbefreiungen nicht anders tun könnte, als energisch einzusetzen. Weiter wurde beklagt, daß die Steueränderung sich so leicht von den Reichstagen lösen. — Präsident Ringel teilte mit, daß er beim Finanzminister u. Rheinbaben vorfänglich geworden sei, es möge angeordnet werden, die Steueränderung über den Kosten anzufragen. Rheinbaben habe dies auch zugelehnt, die Befreiung im Finanzministerium sei aber hinsichtlich des Beschlusses der Reichstagen nicht zu erwarten. Die Vertagung einigte sich in dem Wunsch, daß eine andere Anbringung der Steueränderung erfolgen müsse. Eine große Reihe von Anträgen beschäftigten sich mit der Beschäftigung

Neugestaltung des § 33 der Gewerbeordnung und der Befähigung der Unternehmer.

Der Badische Genossenschaftsverband erhebt in einem Antrag Einspruch gegen die Bewilligung von Massenkonfessionen. In einem zweiten Antrag verlangt er eine Resolution an den Reichstag, wonach der § 33 der Reichsgewerbeordnung in Bezug auf die Wirksamkeit der Konfession abgeändert wird, daß nur Konfessionen mit Vollkonfession, das heißt mit Bräunungswasserauslaß, von den Regierungen genehmigt werden dürfen. Die Konfessionserteilung soll streng nach der Bedürfnisfrage bewilligt und sogenannte Halbkonfessionen, d. h. Konfessionen ohne Bräunungswasserauslaß, nicht mehr erteilt werden. — Ein Antrag des Bayerischen Genossenschaftsverbandes lautet: „Es soll beim Reichsverband beantragt werden, daß die Einlage des Reichsverbandes Deutscher Genossenschaftler an den Reichstag und Bundesrat um Änderung des § 33 der Reichsgewerbeordnung, hinsichtlich der Konfession, nachmals erneuert werde.“ Der Frankfurter Genossenschaftsverband beantragt Eingaben an die Regierung wegen Konfessionierung der Privatfahrgeschäfte und des Konfessionsbündels sowie wegen reichsgesetzlicher Regelung der Bedürfnisfrage. — Der Odenwälder Genossenschaftsverband wünscht die Einführung einer einheitlichen Konfession, Zuziehung von Sachverständigen aus Wirtschaften bei der Erteilung von Konfessionen und stärkere gesetzliche Begrenzung des Kleinhandels mit Spirituosen. Ferner beantragt er die Konfessionierung des Kleinhandels, das Verbot des Teilsystems mit Spirituosen und die Befähigung der Privatmitgliedschaften und des Privatlogierwesens, eventuelle Beranziehung derselben von den Steuern und Abgaben des Gastwirtsberufes. — Ein Antrag ähnlichen Inhalts hat der Rhein-Main-Genossenschaftsverband eingebracht. — Ein Antrag des Saar-Genossenschaftsverbandes lautet: „Der Bundesrat wolle beschließen, daß zu Vereinfachung des freien von Verzeihen oder sonstigen Gesellschaften aufgeführten sogenannten Jahrazustimmung keine Konfession zu erteilen ist, resp. die nur u. a. d. beizugehören schärfere Bestimmungen für Genossenschaften und sämtliche Verordnungen mit Absicht in betr. — Präsident Ringel teilte zu all diesen Anträgen mit, daß der Reichsverband im Januar eine umfangreiche Petition zu den vorliegenden Fragen der Regierung eingereicht habe, in denen alle Wünsche des Genossenschaftsverbandes zum Ausdruck gekommen seien. Es empfehle sich daher, von einer ausführlichen Erörterung Abstand zu nehmen, ebenso von einer Stellungnahme in der Frage der Unternehmer, da es bekannt sei, daß der erste Genossenschaft mit diesem Antragsgegenstand nichts zu tun haben wolle. (Sehr großer Beifall). — Die einzelnen Referenten begründeten dann kurz ihre Anträge, worauf diese dem Vorstande zur weiteren Veranlassung überwiesen wurden.

Schuhverband gegen Streikbrühen.

In der letzten Mitgliederversammlung des Schuhverbandes gegen Streikbrühen (Gruppe der Hauptvereine deutscher Arbeiterverbände), die unter dem Vorsitz des Landrates a. D. Reiter tagte, erhaltete zunächst Gedächtnis der Tätigkeit der Geschäftsberichte. Demselben folgten die Verhandlungen des Schuhverbandes mit 41 Unterverbänden beim Schützenverein. Die umfaßten 2386 Betriebe mit 359 689 Arbeitern und einer Jahresabgabe von über 264 Millionen Mark. Das vergangene Geschäftsjahr 1909, so sagt der Bericht, ist ein ruhiges gewesen. Der Haushaltplan für die Jahre 1909

und 1910 wurde in der vorgeschlagenen Form genehmigt. — Für die aus dem Vorstabe abgemachte ausstehenden Herren wurden durch das Los gewählt Fabrikbesitzer Eduard Meyer (Nachen) und Direktor Saemann (Krems). Da Fabrikbesitzer Meyer die Wahl nicht annimmt, wird an dessen Stelle Regierungsdirektor a. D. Pastor (Nachen) gewählt.

Halle und Umgebung.

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen Erzellens v. Segei hat das Ehrenpräsidium über den Verband Halle-Thüringen übernommen.

Zur freien Arztwahl.

Wie uns aus Leipzig mitgeteilt wird, haben sich mit Ausnahme der Kaufmännischen Ortskrankenkasse und der Allgemeinen noch keine Kasse gegen die freie Arztwahl erklärt, die der Zimmerarztlogar dafür.

Die anderen haben eine Befehlshausung zur besseren Information verlag, so auch die Maschinenbauerskrankenkasse mit 5000 Mitgliedern.

Randglossen zu den Arztparagrafen der Reichsversicherungsordnung.

Als Krankentafelentziffern werden im Aufnahmeprotokoll der folgenden Darlegungen als Erwiderung auf die Ausführungen von Arztseite in Nr. 2222 gegeben: Nach dem Krankentafelentziffergesetz haben die Krankentafeln das Recht, mit bestimmten Ärzten Verträge abzuschließen und die Bezahlung der Kosten der Inanspruchnahme anderer Ärzte abzulehnen. Auf dieser Rechtsgrundlage haben die Krankentafeln meist mit einer dem Bedürfnis entsprechenden Zahl von Ärzten Verträge abgeschlossen. Gegen 1900 fiele eine Bewegung unter den Ärzten ein, welche zum Ziele hatte, daß alle Ärzte, die sich den von dem Ärzteverband festgesetzten Bedingungen unterwerfen, zur Kassenpraxis zugelassen werden sollten. Dieser Forderung auf allgemeine Einführung der freien Arztwahl nahm sich der Ärzteverband besonders an, da dadurch alle Ärzte, die Kassenpraxis treiben möchten, in den Verband hineinzugetrieben und auch daran gehindert werden. Die Krankentafeln lehnen die freie Arztwahl einmütig und mit aller Entschiedenheit ab wegen der mannigfachen schädlichen Folgen, namentlich auch in finanzieller Hinsicht, welche dieses Vorgehen mit sich bringt. Bei freier Arztwahl ist der Einfluß des für die Ausgaben nach dem Gesetz verantwortlichen Kassenverbandes auf die wesentlichen Ausgaben gleich null. Darüber verfährt die völlig unverantwortliche örtliche Stelle des Ärzteverbandes. Weiter können sich bei freier Arztwahl, von ganz seltenen Ausnahmefällen abgesehen, die Kassen in der Regelung des ärztlichen Dienstes, insbesondere in Bezug auf das Honorar, dem Willen des Ärzteverbandes nicht entziehen. Die Krankentafeln befinden sich den isolierten Ärzten gegenüber in einer verwerflichen Lage: Das Gesetz legt ihnen die Verpflichtung auf, stets ärztliche Hilfe als solche zu gewähren. Auf der anderen Seite können die Ärzte ihre Hilfe nach Belieben verweigern.

Was nicht die Ärzte, wie in dem Artikel behauptet wird, sondern die Krankentafeln befinden sich in einer bedauerlichen Abhängigkeit von den Ärzten. Das hat die Reichsregierung auch erkannt, wie die Gefährdungen des Reichstages als Staatssekretär im Reichstagen und in den letzten Tagen auch die Reden des Staatssekretärs Deßdorf und anderer Regierungsvorretreter in der Reichstagskommission für den Reichstagskommission ist das Verhalten des Ärzteverbandes den Krankentafeln gegenüber von Vertretern aller Parteien auf das Schärfste verurteilt worden. Die Kommission hat sich gegen die freie Arztwahl ausgesprochen, da der Gesetzgeber nicht und nimmer die staatlichen Einrichtungen der Krankentafelversicherung, welche die Krankheitsfürsorge eines großen Teiles des deutschen Volkes auf Kosten der Arbeitgeber und Arbeiter bewirken, hierdurch im wesentlichen in die Hände geben kann. Der Gesetzgeber kann nicht anders, als neben der freien Arztwahl die Kassenarztvereine zulassen, die bei den meisten Krankentafeln zur Zufriedenheit der Ärzte und Kassen bestehen, und die sich im Laufe von mehreren Jahrzehnten auf beste bewährt haben, d. h. mit den Worten der Reichsversicherungsordnung neben dem allgemeinen Arztvertrag auch besondere Arztverträge zuzulassen.

Der Ärzteverband hat für den Fall, daß der Gesetzgeber seinen Forderungen nicht entspricht, den Generalstreik feiner Mitglieder für das gesamte Gebiet der deutschen Arbeiterversicherung angekündigt. Der Gesetzgeber hat sich durch diese Drohung nicht einschüchtern lassen und der Ärzteverband, der eingesehen hat, daß mit Drohungen nichts zu erreichen ist, hütet sich wohl, seine Drohung wahr zu machen. Der Ärzteverband verlor in letzter Zeit folgende Taktik: Entstanden irgendwo Streitigkeiten zwischen einer Krankentafel und den Ärzten, und ist es wahrscheinlich, daß die Mitglieder des Ärzteverbandes unterliegen, so veranlaßt der Verband seine Mitglieder, sämtliche Kassenarztstellen in dem Bezirke zu kündigen, um dadurch eine Notlage bei den Kassen hervorzurufen und die Aufsichtsbehörden zu einem Eingreifen zu veranlassen, das, da die Aufsichtsbehörden auch nichts gegen die Ärzte machen können, schließlich zu Gunsten des Ärzteverbandes erfolgen kann. So steht es auch jetzt in Halle. Die kaufmännische Ortskrankenkasse hatte Meinungsverschiedenheiten mit dem Ärzteverband; der Ausgang ergiebt für den Verband nicht günstig; da kamen die allgemeinen Kündigungen der Kassenarztstellen. Wenn in der Zukunft von ärztlicher Seite behauptet wird, daß die Ärzte in diesem Falle einzig seien, so ist deren Verfasser über die Verhältnisse nicht genau unterrichtet. Tatsächlich haben zahlreiche Kassenärzte namentlich den Betriebskrankentafeln gegenüber ihr Verhalten über die Kündigung ausgesprochen und offen ausgesprochen, daß die bisherigen Honorare völlig betrieblieben seien und das Verhältnis zwischen ihnen und den Kassen nicht besser sein könne. Es liegen Schreiben von Kassenärzten vor, nach denen erklärt, daß für die Kündigung genutzten worden seien, wenn sie nicht für die Ärzte des Verbandes tot sein wollten. Im Interesse der Allgemeinheit läge es, wenn bei diesem

unselbständigen Streite der Regierungspräsident eingriffen und durch Einigungsversuche eine Verständigung herbeiführte. Die Behauptung in der Aufschrift, daß kein Stand so große Opfer bei der Durchführung der sozialen Versicherung auf sich genommen habe wie der ärztliche, wird schon trefflich durch folgende Zahlen: 1885 sind von den Krankentafeln bei 4 670 959 Versicherten 9 966 744 Mk. für ärztliche Behandlung ausgegeben worden, d. i. auf den Kopf 2,13 Mk., im Jahre 1908 für 13 130 730 Versicherte 71 918 047 Mark, d. i. 5,48 Mk. auf den Kopf.

Von der Station Trotha

wurden im Personenverkehr im Jahre 1909/10 81 203 Fahrkarten verkauft (gegen 58 135 Fahrkarten im Jahre 1908/09). Der gesamte Güterverkehr belief sich auf 158 506 (187 719) Tonnen zu 1000 Kg., davon entfielen auf den Empfang 86 435 (100 896) Tonnen, darunter 85 299 (105 501) Tonnen Abgaben, auf den Versand 72 071 (89 523) Tonnen, darunter 70 182 (79 068) Tonnen Abgaben. Am Dienstag wurden außerdem in Empfang genommen 22 638 (19 671) Tonnen und versandt 536 (219) Tonnen. Der Viehverkehr betrug im Empfang 175 (212) Stück Groß- und 2135 (1324) Stück Kleinvieh. Zur Erhebung dieses Verkehrs waren im Empfang 15 299 (16 175) Stück Frachtbriefe und im Versand 17 066 (18 142) Stück Frachtbriefe abzuwerten. Als hauptsächlichste Frachtartikel sind zu erwähnen: Braunkohlen, inländische G. 26 371, B. 2023; Braunkohlenschiefer G. 1907, B. —; Ementalfen G. 1610, B. 1844; Düngemittel aller Art G. 3044, B. 2246; Erde, Sand, Kies usw. G. 20 640, B. 44; Ton, Leinwand, Bollenwaren G. 2290, B. 33 623; Rindfleisch G. 2515, B. 127; Hühner G. 4111, B. 3127; Brunnbohnen G. 1835, B. —; Gerbstoff G. 4453, B. 1986; Holzgewinn G. 2906, B. 137; Kartoffeln G. 1103, B. 211; Zucker, Papper G. 149, B. 9093; Süßwaren G. 12 101, B. 300; Badearbeitsmittel G. 1, B. 3089; Schweinefleisch G. 1609, B. 254; getrocknete Mehl G. 2378, B. 708; rohe Mehl G. 1790, B. —; Rohwolle G. —, B. 4682; Stroh G. 5579, B. 672; gemaltener Weizen G. 1527, B. —.

Das Hofge Osterfeld der christlich-nationalen Gewerkschaften entwickelt in letzter Zeit eine besonders merkwürdige Tätigkeit. Wie in der Kartellung, die am 19. d. M. im „Marzburger“ stattfand, vom Vorsitzenden M. Wagner mitgeteilt wurde, soll insbesondere verurteilt werden, die Hofge Ortsgruppe des christlichen Metallarbeiterverbandes zu führen. Aus diesem Grunde wird gegenwärtig an dem Hofge Metallfabriken ein Werbeblatt verteilt. Am Freitag, den 22. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Glauchhauer Schützenhaus“ (Verdenhofstraße) eine Agitationsversammlung statt. Zu dieser haben auch unorganisierte christlich-nationalgewerkschaftliche Arbeiter Zutritt. Der Gewerkschaftsleiter Winter-Berlin wird über das Thema: „Die Bedeutung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung im Emanzipationskampf der Arbeiterklasse“ reden.

Gerichtsverhandlungen.

Zur Pfeil-Affäre.

Der militärische Beleidigungsprozess gegen die Gräfin Pfeil, sowie ihren Rechtsbeistand den Major Dr. Sprenger (Krems) ist nach der ersten, der gegen die noch immer von dem Befehl ihres Ehemannes Kampfernden Frau stammt. Aus der Kommandeur des Regiments, in dem ihr früherer Gatte, der Hauptmann Graf Hans v. Pfeil, hielt, der Dienst 215 a. h. am 29. Infanterieregiment in Gumbach, hat gegen die Gräfin ein Strafverfahren eingeleitet, weil sie ihn in einem Briefe vom Jahre 1906 einen „Fieseln“ genannt haben soll. Andererseits ist jetzt, wie die „Deutsche Journalistik“ erzählt, das einseitig gegen den Grafen Hans v. Pfeil vom Gerichtshof der 37. Division Ergänzungs v. O. M. a. n. (Danzig) eingeleitete neue Ermittlungsverfahren zum Abschluss gelangt, so daß in nächster Zeit ein neuer Pfeil-Prozess

zu erwarten ist. Am 21. d. M. begannen vor dem Berliner Gouvernementsgericht die Zeugenvernehmungen in einer Strafsache gegen den Grafen Hans v. Pfeil wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt, wegen Mißhandlung und wegen Entwendung nach dem B. G. B. Das Verfahren gründet sich auf gewisse Vorgänge in der zweiten Ehe des Grafen v. Pfeil mit der Baronessin von Fehz an Mülow in Rastland, die der Graf nach seiner Scheidung von der Gräfin Stephanie v. Pfeil gesch. Heim geheiratet hat, die ihn jedoch nach Ablauf von sechs Wochen schon wieder fluchtartig verließ, weil sie angeblich, ebenso wie die Gräfin Stephanie v. Pfeil von selten ihres Mannes brutale Mißhandlungen erlitten haben will. Die junge Gräfin ist inzwischen Mutter eines Kindes geworden und lebt in einem Berliner Villenort, wo sie den Ausgang ihres Beleidigungsprozesses gegen den Grafen Pfeil abwartet. Die Aufklärung des Mißbrauchs der Dienstgewalt gründet sich auf Ergebnisse eines früheren Buchens des Grafen, des M. a. n. v. Sprenger, den der Graf gegen den Grafen Hans v. Pfeil, falls ebendieselben Angaben über seine Beleidigungen in der ersten Ehe zu machen. Der Fall der Entwendung betrifft die vielbesprochene Zeitungsschere des Grafen Pfeil in Gumbach.

Graf Pfeil soll nach den Feststellungen des Detektivs Carl Gröger aus Wilmersdorf Nummer des Gumbacher „Gesellschafts- und verlesener Berliner Blätter, in denen Notizen über das gegen ihn stehende kriegerische Verfahren enthalten waren, herausgerissen und entwendet, sie auch auf Aufforderung der ihm beobachtenden Personen nicht zurückzugeben haben. Nachdem die Art und Weise wie das Danziger Kriegsgericht bezw. die nach Thron detardierte Abteilung der 37. Division den Prozess gegen den Grafen Pfeil geführt hat, Gegenstand von heftigen Angriffen der Gräfin Pfeil und ihres Rechtsbeistandes Dr. Sprenger sowie auch in der Presse geworden war, wurde, um jeden Verdacht der Befangenheit von vornherein auszuschließen, diese zweite Klage gegen den Grafen Pfeil dem Gouvernementsgericht in Berlin zur weiteren Verfolgung übergeben. Zu dem am 21. d. M. beginnenden Verhandlungen sind u. a. die Gräfin Pfeil gesch. Baronessin v. Fehz, Wilmersdorf, Detektiv Gröger, ein Detektiv und ein Gumbacher Arbeiter aus Gumbach sowie das frühere Samsonperson des Grafen Pfeil als Zeugen geladen. Eine dritte, die Pfeil-Affäre betreffende Klage, die zugleich einen politischen Hintergrund hat, beschäftigt zurzeit die Staatsanwaltschaft Königs, bei der ein Strafverfahren wegen angeblicher

großer Steuerhinterziehungen gegen den Konferenzmandat abgeordnete Freiherren v. Richthofen u. a. Mitglied beantragt worden ist. Freiherr v. Richthofen ist bekanntlich vom Kommunistengericht Gumbach zum Pfleger der beiden Kinder aus der ersten Ehe des

